



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/II/238 - 20.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Im Gedenken an die Kriegsgefangenen	S. 1
Italienisch-jugoslawische Annäherung?	S. 3
Schulstreiks und Landtag in Niedersachsen	S. 5

Wehmütige Erinnerung - oder tatkräftiges Handeln?

Von Hans Merten, M.d.B.

Im zehnten Jahr nach Beendigung der Feindseligkeiten des zweiten Weltkrieges muß das deutsche Volk immer noch einen Gedenktag für seine Kriegsgefangenen begehen. Im zehnten Jahr nach dem Kriege weiß das deutsche Volk immer noch nicht, wieviel Kriegsgefangene, wieviel Vermißte und wieviel Gefallene als Opfer dieses Krieges zu betrachten sind. Gewiß sind Gedenktage nötig, damit immer wieder an einem besonderen Tage der Ruf nach Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Ruf nach Freiheit für die Kriegsgefangenen besonders deutlich gemacht wird und unüberhörbar wird für diejenigen, die sich diesem Ruf bis auf den heutigen Tag verschlossen haben. Es darf aber nicht dabei sein Bewenden haben, die Gewissen dürfen sich nicht damit beruhigen, dass nunmehr gegenüber den Kriegsgefangenen für ein weiteres Jahr alles Notwendige geschehen sei. Gewiß wird vieles getan von Behörden und freien Organisationen, um das Los der Kriegsgefangenen zu erleichtern und die Nachforschungen nach den Vermißten zu fördern. Es wird aber nicht alles Erdenkliche getan, sondern vieles unterlassen, was noch getan werden könnte.

Dies muß gerade in diesen Tagen besonders deutlich ausgesprochen werden. Kriegsgefangene in den westlichen Ländern warten auf die zweiseitigen Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und ihren Gewahrsamsmächten nunmehr seit 1949. Im Frühjahr 1952 wurden von der Bundesregierung Verhandlungen mit Frankreich als unmittelbar

bevorstehend angekündigt. Bis heute haben diese Verhandlungen nicht stattgefunden. Wen kann es da wundern, wenn grenzenlose Verbitterung und Hoffnungslosigkeit unter den Kriegsgefangenen um sich greifen?

Die größte Zahl der deutschen Kriegsgefangenen wird nach wie vor in der Sowjet-Union zurückgehalten. Die Sorge um ihr Schicksal muß sich auf zwei Wegen in Taten umsetzen. Zunächst muß die Verbindung der Heimat mit den Kriegsgefangenen noch stärker gemacht werden, insbesondere durch die Versendung von Paketen, die ja in unbeschränkter Zahl zugelassen sind. Den Familien dieser Männer und Frauen muß eine noch weitaus größer-Möglichkeit gegeben werden, die Lebensbedingungen ihrer Angehörigen zu erleichtern. Da sie selbst in den meisten Fällen in einer hilfsbedürftigen Lage sich befinden, sind hier der Öffentlichkeit ganz klare Aufgaben gestellt.

Zweitens aber müssen alle Wege beschritten werden, um in ein unmittelbares Gespräch mit der Sowjetunion zu kommen, um diesen Kriegsgefangenen die Freiheit wiederzugeben. Im Rahmen der UN sind Versuche unternommen worden, dieses Gespräch in Gang zu bringen. Leider hatten diese Versuche nicht den gewünschten Erfolg, weil sie nach außen zu sehr das Gesicht einer antisowjetischen Propagandaaktion bekamen und die deutsche Mitwirkung dadurch behindert ist, dass die Bundesrepublik der UN nicht angehört. In einem anderen Gremium internationaler Art sind jedoch die Sowjets und die Deutschen gleichberechtigte Partner. Das sowjetische und das deutsche Rote Kreuz gehören der Liga der Rotkreuzverbände an. Hier sind Beschlüsse zur Frage der Gefangenen mit sowjetischem Einverständnis gefasst worden und hier haben sich unmittelbare Verhandlungen zwischen Deutschen und Sowjets angebahnt, die zur Zeit als der einzige aussichtsreiche Weg zur Lösung der Kriegsgefangenenfrage in der Sowjetunion angesehen werden müssen.

Im Namen der Kriegsgefangenen und ihrer Familien muß gefordert werden, dass diese Verhandlungen des deutschen Roten Kreuzes mit allen Mitteln gefördert werden. Hier wird versucht, im Namen der Menschlichkeit Tausenden hinter dem Stacheldraht die Freiheit zu gewinnen. Vor dieser Absicht müssen alle irgendwie gearteten politischen Rücksichten und Ressentiments zurückstehen. Der Kriegsgefangenengedenktag soll kein Tag wehmütiger Erinnerung sein, sondern ein Tag des Aufrufs zu tatkräftigem Handeln. Verstärkung der materiellen Hilfe für die Kriegsgefangenen und ihre Familien muß als Sofortmaßnahme erfolgen. Zweiseitige Verhandlungen mit den Gewahrsamsstaaten sind einzuleiten und so zu fördern, dass wir im Jahre 1955 einen Gedenktag nicht mehr brauchen

Beginn einer neuen italienischen Außenpolitik?

PE - Rom, Mitte Oktober

Man muß jetzt nachträglich lächeln bei dem Gedanken, dass am Vorabend der Bekanntgabe des Triest-Abkommens die italienische Polizei in Alarmbereitschaft versetzt worden ist. Die Regierung rechnete ernsthaft mit Demonstrationen, mit Unruhen, mit Studentenkundgebungen und ähnlichen Manifestationen des gekränkten Nationalstolzes. In Wirklichkeit ereignete sich nichts von alledem und die Polizei hatte nicht den mindesten Anlass, ihre Gummiknüppel zu schwingen.

Damit enthüllte sich die Angst vor dem "nationalen Unwillen", die nun schon seit Jahren alle aufeinanderfolgenden italienischen Regierungen davor zurückgehalten hatte, ihre Unterschrift unter eine vernünftige Regelung des Triest-Problems zu setzen, als das Phantom, das sie von jeher gewesen ist. Italien hätte, wie jetzt in der Presse ganz allgemein zugegeben wird, so ziemlich dieselbe Lösung, wie sie jetzt getroffen worden ist, bereits vor vier Jahren haben können, ja vielleicht wäre der Kompromiss damals noch etwas günstiger ausgefallen als das jetzt getroffene Abkommen. Aber weder De Gasperi noch sein Nachfolger Pella wagten es, die berühmten "nationalen Gefühle" herauszufordern. Pella hat in der kurzen Zeit seiner Ministerpräsidentschaft ja sogar italienische Divisionen bei Triest aufmarschieren lassen und mit diesem demonstrativen Säbelrasseln die Lösung der Triest-Frage nochmals um ein volles Jahr verzögert, ohne mehr zu erreichen als einen kurzlebigen innerpolitischen Effekt.

Jetzt hat der neue Außenminister der Regierung Scelba, der liberale Physiologieprofessor Martino, die Courage aufgebracht, jenes berühmte Kompromiss wirklich zu unterschreiben und diesen Staatsakt vor seinem Parlament zu vertreten - einen Kompromiss, durch den die Stadt Triest endgültig wieder italienisch wird und Italien praktisch auf nichts verzichtet, was es nicht ohnedies seit vielen Jahren verloren hat.

Der parlamentarischen Opposition von rechts und von links war der Wind aus den Segeln genommen, denn sowohl Scelba wie sein Außenminister konnten zwingend dartun, dass das faschistische Regime es gewesen ist, das zum Verlust Triests geführt hat, und dass somit die

Neufaschisten am wenigsten berufen sind, sich jetzt als Verfechter der nationalen Belange in Istrien aufzuspielen. Was aber die Kommunisten anging, so machte ihnen die unerwartete Kehrtwendung Moskaus einen bösen Strich durch die Rechnung. Ganz offenkundig war die kommunistische Parteileitung in keiner Weise vorgängig über die Absichten der Sowjetunion informiert worden. Die Angriffe der kommunistischen Redner auf die Politik der Regierung bekamen plötzlich einen noch weit hohleren Klang als zuvor, und man merkte ihnen zu deutlich ihre peinliche Verlegenheit an.

Unterdessen lässt der Ton der Zeitungen, die der Regierung und den Regierungsparteien nahestehen, klar erkennen, dass Scelba und sein neuer Außenminister entschlossen sind, das Abkommen über Triest zum Ausgangspunkt für eine vollige Neuordnung im Verhältnis Italiens zu seinem östlichen Nachbarn zu machen. Jetzt macht sich offenbar in Rom wie in Belgrad das starke Bedürfnis nach einer Intensivierung der wechselseitigen Beziehungen geltend. Das hat Scelba in einem Interview, das er dem Korrespondenten der Belgrader "Borba" gewährte, mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, und auch von jenseits der Adria vernimmt man mit einem Male noch nie gehörte freundliche Töne.

Besonders auf wirtschaftlichem Gebiet soll jetzt an die Stelle des bisherigen halben Handelskrieges ein intensivierter Güteraustausch in beiden Richtungen treten. Man weiß in Rom sehr genau, dass die jugoslawische Wirtschaft die Hilfe der weitaus höher entwickelten italienischen Industrie dringend benötigen würde. Auf der anderen Seite ist Italien in früheren Zeiten stets ein wichtiger Abnehmer für gewisse jugoslawische Güter, in erster Linie Holz, gewesen. Der Gedanke, mit Jugoslawien Geschäfte großen Stils anzuknüpfen, hat natürlich für die italienische Industrie, die dringend Absatzmärkte benötigt, viel Verlockendes.

Man denkt im Palazzo Chigi offenbar jetzt auch ernsthaft daran, das italienische Verhältnis zu Jugoslawien außenpolitisch auf eine neue Basis zu stellen. Ein Beitritt Italiens zum Balkanpakt ist zwar im gegenwärtigen Augenblick wohl noch kaum aktuell, aber am Horizont zeichnet sich diese Möglichkeit doch bereits unverkennbar ab. Ihre Verwirklichung würde einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Weg zu einer echten Konsolidierung im östlichen Mittelmeerraum bedeuten, wie sie seit langem eines der Ziele der anglo-amerikanischen Politik bildet.

Kampf um eine Handvoll Zwergschulen

-dt, Hannover

Die katholische Geistlichkeit im westlichen Niedersachsen hat 40.000 Schüler, genauer gesagt deren Eltern, zum bisher größten Schulstreik in Westdeutschland zu mobilisieren verstanden. Zwar hat sich der hohe Klerus diskret im Hintergrund gehalten, so dass als Initiatoren die katholischen Elternausschüsse in Erscheinung traten, aber die Kirchenglocken, die die Begleitmusik zu dieser Aktion gaben, zeigen mehr als offizielle Dementis, wer und was hinter dem Streik steht. Es gibt dafür einen unverfänglichen Zeugen: im Parteiblatt der DP schreibt ein Mitglied des Landesvorstandes dieser Partei, die während des Kampfes um das Schulgesetz sich katholischer gebärdete als die CDU: "Sie sagen Christentum und christliche Belange und meinen parteipolitische Macht."

Das ist, um der Wahrheit die Ehre zu geben, nicht etwa ein verspätetes Reuebekenntnis, sondern bezweckt das Gegenteil: die DP wehrt sich dagegen, dass die Katholiken den Widerstand gegen das Schulgesetz zum CDU-Monopol erklären. Die DP, so weist Graf von Gahlen, der Autor dieses Artikels, nach, habe viel wackerer gekämpft als die CDU. Und er zählt minutiös anhand der Landtagsprotokolle vor, dass die DP 25 Redner ins parlamentarische Feuer schickte, die CDU einen evangelischen Sprecher, der 24-mal auftrat und nur einen einzigen katholischen Abgeordneten, der einmal sprach; konfessionell aufgegliedert also 49:1 für die Protestanten. Erbst fragt Graf Gahlen "Episkopat und Geistlichkeit der katholischen Kirche in Deutschland, ob das schmachliche Versagen der katholischen Abgeordneten nicht endlich der Einsicht Raum geben wird, dass nicht die Firmenbezeichnung entscheidend sein kann für die einseitige Unterstützung einer Partei, sondern ihr Einstehen für die christlichen Grundsätze auch dort, wo man einmal zufällig nicht die Majorität besitzt."

Machtpolitik auf dem Rücken von 40.000 Kindern

Wahrscheinlich ungewollt bestätigt der so um die Gunst des Episkopats bittende DP-Politiker, dass der Schulstreik nichts anderes ist als Machtpolitik auf dem Rücken von 40.000 Kindern. Demgegenüber hat die evangelische Kirche zum fertigen Gesetz ein Urteil abgegeben, das beweist, dass ihr klerikales Machtstreben fernliegt. Man habe sich auf allen Seiten bemüht, erklärte der Schulreferent der hannoverschen Landeskirche, Oberlandeskirchenrat Bartels, ein vernünftiges Schul-

gesetz zu schaffen und das besondere Gute an dem Gesetz sei, dass es dem Leben Rechnung trage.

Kein vernünftig denkender Mensch wird der evangelischen Kirche den Vorwurf machen, dass sie daran, wie die Kinder in der Schule erzogen werden können, weniger interessiert sei als die katholische Kirche. Bei ihrem Urteil ist anzunehmen, dass sie das Gesetz zumindest ebenso ernsthaft geprüft hat wie die andere Seite. Wie ist nun ein Gesetz beschaffen, von dem die eine Seite sagt, "dass in Zukunft für Lehrer wie Schüler die Möglichkeit besteht, auch in der Schule christlich zu leben" (Oberlandeskirchenrat Bartels), während die andere betroffene Seite zum Kampf aufruft mit der Behauptung: "Dieses unglückselige Gesetz ist geschaffen worden von einem unglückseligen Landtag, der in der Mehrheit unchristlich ist" (Erzbischof Berning, Osnabrück). Wie wirkt sich ein Gesetz aus, von dem die eine Seite behauptet, dass mit einem Federstrich 1500 evangelische und 500 katholische Bekenntnisschulen ausgelöscht würden, während Oberlandeskirchenrat Bartels feststellt, dass sich praktisch in den meisten Fällen nichts ändern wird?

Juristischer Status bleibt unverändert

Was sich ändert, wird das niedersächsische Kultusministerium in den nächsten Tagen bekanntgeben, nachdem nun die Vorbereitungen abgeschlossen sind. Etwa 20-30 evangelische und katholische Volksschulen, hauptsächlich im Emsland, werden zusammengelegt. Das sind ausgesprochene Zwergschulen, die bisher mehr schlecht als recht zu zweit in kleinen Gemeinden auf Kosten der Schulkinder vegetierten. Wenn also z.B. im Dorf X bisher eine zweistellige (zwei Lehrer) evangelische und eine gleichstellige katholische Schule bestand (sie unterschieden sich nicht im Lehrplan, wohl aber im Lesebuch) so werden sie in Zukunft zu einer vierstelligen Schule vereinigt. Vier Lehrer, das ist einleuchtend, können 120 Schüler im Alter von 6 - 14 Jahren differenzierter, also zweckmäßiger unterrichten, als jeweils 2 x 2 Lehrer 2 x 60 Kinder.

In den 2000 Schulen, die bisher den juristischen Status einer Bekenntnisschule hatten, ändert sich überhaupt nichts an dem derzeitigen wirklichen Zustand. Entweder sind diese Schulen heute noch konfessionell unvermischt, dann bleiben sie de facto Bekenntnisschulen, weil das Gesetz

zwingend vorschreibt, dass die Lehrerstellen entsprechend dem Glaubensbekenntnis der Schüler besetzt werden; oder aber ist die ursprüngliche Schülerschaft eines Bekenntnisses im Laufe der Zeit (und das ist bei den meisten Schulen der Fall) infolge des Flüchtlingsstromes mit Schülern des anderen Bekenntnisses durchsetzt worden, hat demnach schon längst den einen oder anderen Lehrer des "zugewanderten" Bekenntnisses aufgenommen (das ist im Laufe der Zeit überall reibungslos vor sich gegangen), und die Schule ist damit seit langem in Wirklichkeit das, was das Gesetz heute nur noch legalisiert: eine Gemeinschaftsschule. Sofern der Leiter einer solchen Schule bisher im Amtsstempel die Inschrift "Katholische Schule in X" führte, wird er das Wort "Katholische" streichen müssen, in der Schule selbst bleibt alles beim alten. Freilich wird bei den Schulen, auf die man jetzt gelegentlich des Schulstreiks hastig die Inschrift "Katholische Schule" gemalt hat, diese unzeitgemäße Bezeichnung überpinselt werden. Niemand denkt aber daran, aus einem Klassenzimmer ein Kreuzifix zu entfernen, weil die Schule nun auch de jure eine Gemeinschaftsschule geworden ist.

Um dieser Tatsachen willen sind 40.000 Schulkinder auf die Straße geschickt worden. Das ist eine Interpretation des Elternrechts, für die dem einfachsten Menschen das Verständnis fehlt.

+ + +

Blick auf Nordafrika

h. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Saarfrage spielen die Möglichkeiten einer allgemeinen Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Frankreich eine Rolle. Dabei ist auch von einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in französisch Nordafrika die Rede. Die westdeutschen Exporte nach französisch Nordafrika erreichten im Jahre 1951 bei 2.900 Millionen Francs, ein Jahr später erhöhte sich das Wertaussmass auf 7.130 Millionen und erreichte 1953 den Betrag von 7.400 Millionen Francs. Diese Exporterfolge sind umso bemerkenswerter, als die tunesischen und algerischen Importe von 1952 bis 1953 allgemein um 8 v.H. zurückgingen. Auch in Französisch-Westafrika hat der deutsche Export im wachsendem Maße feste Fuß gefasst. - Vom französischen, wie vom deutschen Standpunkt aus ist eine Entwicklung in der angedeuteten Richtung sicher sehr interessant. Nur darf sie sich nicht auf Kosten einer künftigen Saar-Regelung auswirken.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau